



# Gewerkschaft der Polizei

Mitglied der Union Internationale  
des Syndicats des Police

**Landesbezirk Saarland**

**Landesbezirksvorstand**

Kaiserstraße 258  
66133 Saarbrücken

Telefon: 06 81 / 8114 98 \* Telefax: 06 81 / 8152 31  
[gdp-saarland@gdp-online.de](mailto:gdp-saarland@gdp-online.de) \* [www.gdp-saar.de](http://www.gdp-saar.de)

**Jetzt stellen **WIR** uns quer!**

**Aufruf  
zur Demonstration und Kundgebung  
am Dienstag, 17. Dezember 2002,  
ab 14:30 Uhr in Saarbrücken!**

Oder wollt ihr zukünftig verzichten auf:

- Tarifierhöhungen?
- Urlaubsgeld?
- Weihnachtsgeld?
- 10 % eurer Bezüge?

Wir (DGB, Verdi, GEW, GdP und die Industriegewerkschaften im DGB) treffen uns am 17.12.2002 um 14:30 Uhr in Saarbrücken

**Dudweiler Straße /Ecke Brauerstraße**

(gegenüber Hela-Einkaufszentrum bzw. bei Elf-Tankstelle)

und ziehen gemeinsam (Arbeiter, Angestellte und Beamte) zur

**Staatskanzlei (am Ludwigsplatz).**

Wir rufen alle Polizeibeschäftigten (auch die nicht in der GdP organisierten oder in anderen Berufsvertretungen organisierten Kolleginnen und Kollegen) auf, mit uns gemeinsam zu demonstrieren.

Bei der dortigen Abschlusskundgebung werden u.a. sprechen:

**Eugen Roth (DGB), Rolf Linsler (Verdi) und Hugo Müller (GdP).**

Die Kundgebung wird gegen 17 Uhr beendet sein.

Informationen erhaltet ihr über eure Kreisgruppe oder Landesgeschäftsstelle.



**Wir Beschäftigten des öffentlichen Dienstes treten dafür ein, den öffentlichen Dienst zu modernisieren. Wir wollen bürgernahe, kundenorientierte, wirtschaftliche und wirksame öffentliche Dienstleistungen erbringen. Wir sind bereit, hierzu unseren Beitrag zu leisten.**

**Aber auch die Rahmenbedingungen müssen stimmen: Die Politik muss endlich aufhören, die vermeintliche Arbeitsplatzsicherheit im öffentlichen Dienst gegen angemessene Tarif- und Besoldungserhöhungen auszuspielen und ihre Kürzungspolitik mit Hilfe verbreiteter Vorurteile über den öffentlichen Dienst zu legitimieren. Wir haben in den letzten Jahren erhebliche Einschnitte bei unseren Einkommen hingenommen. Dieser Beitrag muss endlich anerkannt werden.**

**Wir fordern die Innenpolitiker in Bund und Ländern auf:**

**Stellen Sie sich hinter Ihre Beschäftigten! Zeigen Sie den Bürgerinnen und Bürgern, welche Leistungen tagtäglich von den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes erbracht werden, um Sicherheit zu gewährleisten, soziales Leben zu ermöglichen, Bildungschancen zu eröffnen, Umwelt zu schützen sowie die Mobilität in Nah und Fern für Personen und Waren sicherzustellen!**

**Setzen Sie sich für einfachere und transparentere Gesetze und Vorschriften ein! Damit kann man dem verbreiteten Gefühl von zuviel Bürokratie entgegentreten. Dabei haben Sie die Beschäftigten auf Ihrer Seite.**

**Lassen Sie Beamtinnen und Beamte bei der Gestaltung ihrer Arbeits- und Einkommensbedingungen mitbestimmen! Beamtenrecht darf nicht länger verordnet, es muss zukünftig verhandelt werden!**

**Verhindern Sie Öffnungsklauseln im Beamtenrecht! Öffnungsklauseln sind kein Ausdruck des Föderalismus. Sie dienen ausschließlich dazu, die Haushalte auf Kosten der Beschäftigten zu sanieren.**

**Helfen Sie mit, das einheitliche Besoldungsrecht zu erhalten, aber leistungsorientierte Bezahlung zu ermöglichen!**

**Setzen Sie sich für die Anpassung der Einkommen von Ost an West und nicht umgekehrt ein. Die Einheit Deutschlands ist geschaffen worden, um die westlichen Standards auch im Osten der Republik zu verwirklichen. Hierzu gehört auch das Einkommensniveau. Die Arbeitsanforderungen machen keinen Unterschied zwischen West- und Ostdeutschland.**

**Wir lassen uns nicht spalten! Wir sagen nein zu einer Abkopplung der Einkommensentwicklung im öffentlichen Dienst von den Tarifen in der Privatwirtschaft. Wir sagen nein zur Kürzung des Weihnachtsgeldes, zur Streichung des Urlaubsgeldes und zur Nichtanpassung der Bezüge, weil dies der falsche Weg ist, um den öffentlichen Dienst weiterhin fit zu halten für die Herausforderungen der Zukunft.**

**Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes stehen für „ihren“ öffentlichen Dienst gerade. Bekunden Sie als Innenpolitiker, dass auch Sie gewillt sind, für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes gerade zu stehen.**